

**Politischer Jahresbericht**

# **Brasilien 2008**



**Rio de Janeiro**

**Landesbüro Brasilien, 2008**

Von Dr. Thomas Fatheuer

März 2009

## **Inhalt**

**Brasilien**

**3**

## Brasilien

Das Jahr 2008 begann ausgezeichnet für die Lula-Regierung. Die Mischung aus einer verstärkten staatlichen Investitionspolitik und erfolgreicher Sozialpolitik funktioniert und brachte Präsident Luiz Inácio Lula da Silva ständig steigende Popularitätswerte ein, ein außerordentlicher Umstand für eine zweite Wahlperiode. Zum Markenzeichen der zweiten Amtszeit sollte das "Programm der Beschleunigung des Wachstums" (PAC) werden. PAC ist eine Bündelung von Investitionsvorhaben, bei denen sowohl staatliche Finanzierungen (aus Haushaltsmitteln oder durch die Entwicklungsbank BNDES) vorgesehen sind wie Mittel des privaten Sektors. Der Schwerpunkt des PAC liegt beim Ausbau der Infrastruktur.

Durch PAC will die Lula-Regierung auf den (aus ihrer Sicht) größten Schwachpunkt der ersten Amtsperiode reagieren: das im internationalen Vergleich relativ niedrige Wirtschaftswachstum. Gleichzeitig dient PAC aber auch dazu, die politische Nachfolge zu regeln. Die Zuständigkeit für PAC liegt bei der Casa Civil und deren Leiterin Dilma Rousseff, die als eine Art Regierungskordinatorin fungiert. Dilma Rousseff wurde im Jahre 2008 systematisch als Mutter des PAC und dann als Nachfolgerin Lulas aufgebaut. Dies bedeutete neben der Einweihung zahlreicher Projekte auch eine umfangreiche Schönheitsoperation.

Zusätzlichen Rückenwind erhielt die Regierung Ende 2007 und Anfang 2008 durch immer neue Erdölfunde im Meer vor Brasilien. Durch die deutsche Presse geisterte das Wort von den "neuen Scheichs am Zuckerhut". Angesichts dieser ausgezeichneten Entwicklungen ist es verständlich, dass die Regierung die ersten Anzeichen einer umfassenden globalen Wirtschafts- und Finanzkrise herunterspielte. Tatsächlich gab es einige Anhaltspunkte für einen vorsichtigen Optimismus.

Anders als in den USA oder Europa stecken die brasilianischen Banken offensichtlich nicht in größeren Schwierigkeiten. Nach allem, was bisher bekannt geworden ist, sind sie nicht in internationale spekulative Anlagen verwickelt. Dafür gibt es einen recht plausiblen Grund: aufgrund der nach wie vor verfolgten staatlichen Hochzinspolitik haben die brasilianischen Banken auf dem internen Markt glänzend verdient. Die Leitzinsen lagen Ende 2008 bei über 13%, die Inflationsrate bei 5%.

Die Kombination von langen Jahren der Hochinflation und der danach folgenden Hochzinspolitik haben dafür gesorgt, dass der Anteil der Kredite an der brasilianischen Wirtschaft im internationalen Vergleich gering ist (37 % vom Bruttoinlandsprodukt).

Die brasilianische Regierung muss also keinen notleidenden Banken mit Milliarden unter die Arme greifen, im Gegenteil, die brasilianischen Banken haben auch 2008 beachtliche Gewinne eingefahren. Zwei der fünf größten brasilianischen Banken gehören dem Staat, nur eine internationale Bank (Santander) findet sich in der Fünfergruppe. Dies erhöht den Spielraum der Regierung, über die gut ausgestatteten staatlichen Banken eine aktive Kreditpolitik zu betreiben.

Dennoch ist von der globalen Krise in Brasilien wohl mehr angekommen als die "harmlose Welle", von der Lula sprach. Während die Regierung auf Optimismus und ihren Handlungsspielraum setzt, melden sich Unternehmerverbände und Wirtschaftsinstitute mit düsteren Szenarien zu Worte. In den letzten drei Monaten des Jahres 2008 ist die Industrieproduktion um 19,8% zurückgegangen.

Die Regierung versuchte, sofort zu reagieren. So wurde mit Steuererleichterungen der Verkauf von Pkws wieder angekurbelt. Weitere Antikrisenmaßnahmen konzentrierten sich auf die Bereitstellung von Krediten, insbesondere durch die staatlichen Banken. Dabei sollen sowohl Konsument\_innen wie Landwirtschaft und Industrie bedacht werden. Einen besonderen Schwerpunkt bildete allenfalls die Förderung von Exporten. Mit dieser Kombination von Maßnahmen und relativ günstigen Faktoren (keine Bankenkrise!) rechtfertigt die Regierung ihren Optimismus. Ob allerdings ein Wachstumsziel (!) von 4% für 2009 realistisch ist, bleibt abzuwarten. Aber immerhin, keine der aktuellen Voraussagen sieht einen Rückgang der Wirtschaft für 2009 voraus.

Für die Umweltpolitik war das Jahr 2009 turbulent. Es begann mit einem Ansteigen der Entwaldung in Amazonien. Die Meldung provozierte hektische Aktivitäten seitens der Regierung. Auf internationaler Ebene (Konferenz der FAO und Vertragsstaatenkonferenz der CBD) geriet die brasilianische Regierung angesichts steigender Lebensmittelpreise wegen des Ausbaus der Produktion von Agrotreibstoffen zusehends in die Kritik. Höhepunkt der Turbulenzen war der Rücktritt der angesehenen Umweltministerin Marina Silva. Ihr war es nicht gelungen, die Umweltpolitik aus einem Schattendasein in ihrem Ressort herauszuführen. Die Fixierung auf die Beschleunigung des Wachstums ließ und lässt alle ökologischen Aspekte in den Hintergrund treten. So ist die größte Einzelfinanzierung des PAC ein Staudambau am Rio Madeira in Amazonien, für den die staatliche Entwicklungsbank BNDES über 2 Milliarden Euro an Krediten bereitstellt. Auch die Errichtung des größten nationalen Staudamms am Xingu wird energisch vorangetrieben. Der neue Umweltminister Carlos Minc gilt als flexibler Verhandler, der Großprojekten wohl weniger Steine in den Weg legen wird.

Im Rahmen der Klimapolitik gelang dem Umweltministerium allerdings ein interessanter Richtungswechsel. Auf der Klimakonferenz in Poznan verkündete Brasilien einen nationalen Klimaplan, der

eine Reduzierung der Entwaldungsraten (und der damit verbundenen CO<sub>2</sub>-Emissionen) vorsieht. Brasilien hatte bisher solche nationalen Ziele strikt abgelehnt. Die Frage, wie Entwaldung in ein internationales Klimaregime einbezogen werden kann, ist eine Schlüsselfrage für die brasilianische Amazonaspolitik. Die Heinrich-Böll-Stiftung wird diesen Themenstrang weiterhin intensiv begleiten.

In Rio de Janeiro ist die Auseinandersetzung um das Phänomen der paramilitärischen Milizen, die zahlreiche Gebiete der Stadt kontrollieren, in den Mittelpunkt der öffentlichen Debatte gerückt. Im Landesparlament ist ein Untersuchungsausschuss eingerichtet worden. Die Heinrich-Böll-Stiftung hat zu dem Thema eine erste systematische Untersuchung initiiert und deren Ergebnisse in Kooperation mit brasilianischen Partner\_innen veröffentlicht.